

Noch keine Versöhnung Vor zehn Jahren: Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Ruanda

Hildegard Schürings

1994 erlangte Ruanda traurige Berühmtheit: Von April bis Juni fanden der Genozid gegen die Bevölkerungsgruppe der Tutsi und schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Bevölkerungsgruppen der Hutu und Twa statt. Nach Schätzungen der ruandischen Regierung wurden etwa eine Million Menschen ermordet, die meisten mit der Machete und mit Nägeln bespickten Stöcken. Das Morden machte nicht vor engsten menschlichen Bindungen halt: Jugendliche ermordeten ihre Lehrer und Freunde, Nachbarn ihre Nachbarn, Männer ihre Ehefrau, Kinder ihre Mutter, Milizen und Militär vernichteten ganze Familien. Und der Völkermord fand vor laufenden Kameras der westlichen Fernsehsender statt, die Bilder erreichten die gesamte Welt. Dennoch schwieg die Welt. Wie konnte es dazu kommen? Ruanda galt als Musterland der Entwicklung und genoss auch von deutscher Seite umfangreiche Unterstützung. Oft wird die Ursache einem genozidären Projekt einer Bevölkerungsgruppe zugeschrieben oder der Volkswut über die Ermordung ihres Präsidenten. Das ist zu einfach. Eine Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geschichtlichen Faktoren hat dazu beigetragen, dass die ruandische Gesellschaft das Schlimmste erlebt hat, was man sich vorstellen kann.

Kolonialpolitik auf rassistischer Grundlage

1962 erlangte Ruanda seine Unabhängigkeit wieder. Während der zunächst deutschen, dann ab 1919 belgischen Kolonialzeit vollzog sich unter Führung der Kolonialherren und katholischer Missionare (Orden der Weißen Väter) eine grundlegende Neustrukturierung der Gesellschaft. Nach ihrem Bild schrieben Missionare und Wissenschaftler eine Geschichte der Gesellschaft, die auf rassistischen Annahmen beruht, aber wenig mit der Realität zu tun hat. Sie nahmen an, dass eine Bevölkerungsgruppe, die Tutsi – demographisch in der Minderheit –, seit Jahrhunderten die Elite des Landes gewesen sei. Diese Gruppe förderten sie vorrangig zum Nachteil der beiden anderen Gruppen Hutu und Twa. Eine von vielen bisher dynamischen Identitäten, Tutsi oder Hutu zu sein, wurde im Personalausweis festgeschrieben und später immer wieder für politische Interessen instrumentalisiert.

Zu Beginn der Befreiungsbewegungen in Afrika Mitte der 1950er Jahre, als eine Gruppe die Unabhängigkeit forderte, machten Kirche und Kolonialherren eine Kehrtwende. Nun klagten sie das ausbeuterische System der herrschenden Tutsi an, das sie mehrere Jahrzehnte unterstützt hatten, und verlangten, die Hutu an der Macht zu beteiligen. Nachdrücklich forderten die Vereinten Nationen von Belgien eine „Demokratisierung“ des politischen Systems. Allerheiligen 1959 kam es nach einem Attentat auf einen der wenigen Hutu-Chefs zu Pogromen gegen Tutsi, die sich über Wochen hinzogen. Diese sozio-politische Revolution bedeutete das Ende der Dominanz einiger Tutsi-Gruppen. Anfang 1961 wurde die 1. Republik ausgerufen und Grégoire Kayibanda, der Meinungsführer der Bewegung PARMEHUTU-MDR, im Oktober zum Präsidenten gewählt. Etwa 130.000 Tutsi flüchteten ins Ausland.

Konflikte nach der Unabhängigkeit

Die Jahre nach der Unabhängigkeit waren durch den Aufbau der Wirtschaft gekennzeichnet. Konfliktstoff kam aus dem Nachbarland Burundi, das eine ähnliche Zusammensetzung der Bevölkerung wie Ruanda hat. Dort kam es 1972 zu schweren Auseinandersetzungen mit der Folge, dass etwa 200.000 Personen – die gesamte gebildete Schicht der Hutu – ermordet wurde oder ins Ausland flüchtete. Bald danach wurden in Ruanda wieder Tutsi verfolgt und ausgegrenzt. General Juvénal Habyarimana

putschte 1973. Wie in den meisten afrikanischen Ländern bestimmte nun eine Einheitspartei das öffentliche Leben. Ab Mitte der 1980er Jahre wurde das Regime repressiver und auch korrupter.

In dieser Zeit verschlechtert sich auf Grund des Verfalls der für Ruanda wichtigen Rohstoffpreise (insbesondere Kaffee) und des Ausbleibens von Regenzeiten die wirtschaftliche Situation. Vielen Menschen wird die Existenzgrundlage entzogen, etliche emigrieren in andere Regionen auf der Suche nach fruchtbarem Land. Ruanda musste ein IWF-Strukturanpassungsprogramm durchführen, das auch zur Verteuerung von Bildung und medizinischer Versorgung führte. Bildung war seit der Kolonialzeit die einzige Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Durch die hohen Kosten war nun vielen der Zugang versperrt. Die Zahl der schlecht ausgebildeten und arbeitslosen Jugendlichen eskalierte.

Unter der Devise „gleiche Chancen für alle“ gab es seit den 1970er Jahren ein Quotensystem für den Zugang zum öffentlichen Dienst, zu Schulen, Universitäten. Entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil durften Tutsi nur zu zehn Prozent zugelassen werden. Obwohl die „ethnische“ Zugehörigkeit in den Personalausweisen vermerkt war, wurde das Thema Hutu-Tutsi tabuisiert. Mangels beruflicher Alternativen stiegen viele Tutsi in den Handel ein oder wurden Priester bzw. Nonnen.

Ein Konflikt, der weitere Unzufriedenheit mit dem Regime erzeugte, waren die ebenfalls ungleichen Chancen für Leute aus dem Süden beim Zugang zu Ressourcen. Die nordwestlichen Regionen, aus denen der Präsident, seine Ehefrau und deren einflussreiche Verwandtschaft (Gisenyi, Ruhengeri) stammen, eigneten sich viele Privilegien an. Ende der achtziger Jahre nahm die interne Kritik am Regime zu. Langsam entstand ein Meinungspluralismus, der unterdrückt wurde.

Ende des Ost-West-Konflikts

Einschneidende Folgen hatte auch der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Fall der Berliner Mauer. Es gab keinen Grund mehr, Regime zu stützen, weil sie Verbündete in der Blockkonfrontation waren. Im Juli 1990 forderte der französische Präsident François Mitterrand auf dem frankophonen Gipfel in La Baule mehr Demokratisierung in Afrika. In Ruanda begann zaghaft ein von außen geforderter Demokratisierungsprozess, den die machthabenden Politiker boykottierten. 1991 wurde dennoch ein Mehrparteiensystem zugelassen und eine Regierung aus mehreren Parteien gebildet. Diese Parteien gründeten Jugendgruppen, die sich einige Monate später regelmäßig Auseinandersetzungen lieferten. Traurige Berühmtheit erlangten während des Genozids die Interahamwe, die Jugendmilizen der Partei des Präsidenten (MRND). Sie waren für den größten Teil der Massaker verantwortlich.

Der Beginn des Krieges

Am 1.10.1990 griff eine Gruppe von Ruandern im Exil, die Ruandische Patriotische Front (RPF), von Uganda aus das Heimatland an. Es handelte sich um die Nachkommen von Ruandern, die in den Jahren ab 1959 und 1973 wegen der Verfolgung und Ermordung von mehreren Tausend Menschen das Land verlassen hatten. Die meisten gehören der Bevölkerungsgruppe der Tutsi an. Unterstützt wurden sie durch die ugandische Regierung unter Präsident Yoweri Museveni, der selbst mit ihrer Hilfe in einem Guerillakrieg 1986 an die Macht gekommen war. Die RPF betonte, dass sie keine ethnische Gruppierung sei.

Ab Kriegsbeginn wurde die in Ruanda lebende Tutsi-Bevölkerung in den Medien (nationales Radio, Zeitschrift Kangura) zu Komplizen der RPF erklärt. Trotz verschiedener Waffenstillstandsabkommen ging der Krieg zwischen der ruandischen Armee und der RPF bis März 1993 weiter. Die internationale Gemeinschaft schwieg zu diesem Angriff aus dem Ausland und verlieh ihm so „Legitimität“. Anfang 1993 gab es auf Grund des Krieges bereits eine Millionen intern Vertriebene aus den Nordregionen, die unter miserablen Lagerbedingungen lebten.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft im August 1993 in Arusha, Tansania, ein Friedensvertrag geschlossen. Dieser sah eine Übergangsregierung für 22 Monate bis zu freien Wahlen mit allen Parteien einschließlich der RPF vor. Ab diesem Zeitpunkt bildeten sich Pro-RPF- und Gegen-RPF-Gruppierungen, von vielen als Pro-Hutu oder Pro-Tutsi wahrgenommen. Gewalttätige Demonstrationen, gezielte Morde und Bombenanschläge nahmen zu.

Eine tödliche Rolle spielten die Medien. Der private Radiosender RTLM (Radio Télévision des Mille Collines) nutzte das Massenmedium zur Hetze und rief 1994 während des Genozids die Bevölkerung auf, die Tutsi auszumerzen. Dabei bezog man sich auf die alte rassistische Geschichtskonstruktion. Den Tutsi wurde vorgeworfen, sie wollten ein Jahrhunderte altes Ausbeutungssystem wieder errichten. Sie wurden pauschal zu Feinden des Vaterlands, zu Komplizen der RPF (Ibyitso) erklärt und als Kakerlaken (inyenzi) entmenschlicht. Mit diesem Feindschema konnten eine perspektivlose Jugend und die Massen mobilisiert werden. Der Staatsstreich am 21.10.1993 im Nachbarland Burundi durch extremistische Tutsi-Militärs und die Ermordung des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Melchior Ndadaye, ein Hutu, bestätigte die ruandischen Extremisten in der Ansicht, die Tutsi seien zu einer Machtteilung nicht bereit.

Der Völkermord

Zur Sicherung einer friedlichen Übergangsperiode entsandten die Vereinten Nationen ein Kontingent von Blauhelmen unter der Leitung des kanadischen Generals Roméo Dallaire. Ende Dezember 1993 zogen RPF-Politiker mit 600 Soldaten und unter Begleitung von belgischen Blauhelmsoldaten in das Parlamentsgebäude ein. Die Spannung im Land war explosiv. Von allen Seiten wurde die Bildung der Übergangsregierung behindert. Gewaltsame Demonstrationen, nächtliche Granatenangriffe, Mordversuche, politisch und ethnisch motivierte Morde nahmen weiter zu. Ab Januar 1994 schickte der Kommandeur der Blauhelme verzweifelte Hilferufe in das UN-Hauptquartier in New York und bat, eine aktivere Rolle übernehmen zu können und das UN-Kontingent zu stärken. Seine Hilferufe blieben unbeantwortet.

Am 6. April 1994 wurde das Flugzeug mit dem ruandischen Präsidenten, seinem burundischen Amtskollegen Cyprien Ntaryamira, Oberbefehlshaber der ruandischen Armee, und mehreren Politikern an Bord abgeschossen. Alle kamen dabei ums Leben. Kurz nach Abschuss begannen die Massaker, zunächst durch die Präsidentengarde. Besonders Tutsi und regierungskritische Hutu sind die Zielscheibe des Mordens. Am folgenden Tag sind die Straßen in der Hauptstadt bereits mit Leichen gesät. Jugendmilizen und Militärs führen eine Vernichtungskampagne, die sie bald auf das ganze Land ausdehnen. Der Krieg zwischen RPF und ruandischer Armee geht weiter. Eine „Interimsregierung“ mit Premierminister Jean Kambanda und dem Präsidenten Sindikubwabo hetzt die Bevölkerung zum Morden auf. Als „Kopf“ des Genozids wird der damalige Kabinettschef im Verteidigungsministerium, Theoneste Bagosora, angesehen.

Alle Ausländer werden evakuiert. Trotz intensiver Bemühungen vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen beim Weltsicherheitsrat und bei Regierungen, auch in Deutschland, einzugreifen, zu vermitteln, Menschen Zuflucht zu gewähren, geschieht nichts. Teilweise reagiert man auf Forderungen mit einem unglaublichen Zynismus. Der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros Boutros-Ghali drängt, das Kontingent zu verstärken. Die USA verhindern im Weltsicherheitsrat, das Wort „Genozid“ zu benutzen: „Don't use the G-word“, so die Anweisung des damaligen Außenministers Christopher Warren an die Botschafterin bei der UN, Madeleine Albright. Denn das hätte die internationale Gemeinschaft auf Grund der Konvention gegen den Völkermord verpflichtet, einzugreifen. Am 21. April 1994 entschied der Sicherheitsrat, das UN-Kontingent von ca. 2.500 auf 270 Personen zu reduzieren. Damit überließ die internationale Gemeinschaft das Feld den Mördern und legitimierte durch ihr Nichtreagieren deren Handeln sogar.

Ende April – inzwischen waren etwa 200.000 Menschen ermordet – gab es eine Kehrtwende. Der Vertreter Nigerias drängte dazu, endlich zu handeln, um nicht zum Gespött der ganzen Welt zu werden, und so beschloss die UNO am 17. Mai, die Zahl der Blauhelmsoldaten auf 5.500 zu erhöhen, die jedoch erst nach Ende des Genozids eintrafen. Die 500 Mann starke Blauhelm-Truppe aus Ghana war gegen die Anweisungen aus New York in Ruanda geblieben und hatte dadurch vielen Menschen das Leben gerettet. Ende Juni führte Frankreich, bis dahin enger Partner der ruandischen Regierung – es lieferte noch während des Genozids an die ruandische Armee Waffen –, mit Zustimmung der UN die so genannte humanitäre „Operation Türkis“ mit 2.500 Soldaten im Südwesten des Landes durch. Die Anwesenheit der französischen Soldaten ermöglichte der damaligen „Interimsregierung“ die Flucht, rettete aber auch mehreren Tausend Tutsi das Leben. Mit der Begründung, Frankreich habe das genozidäre Regime gestützt, lehnte die RPF diese Aktion ab.

Bis zur Übernahme der Kontrolle über das Land am 17. Juli 1994 durch die RPF kam es zu gewaltigen Fluchtbewegungen in die Nachbarländer, nach Tansania und Burundi. Innerhalb von drei Tagen flohen eine Million Menschen nach Zaire (heute wieder Demokratische Republik Kongo). Jetzt tauchten auch die internationalen Medien wieder auf und übertrugen Bilder vom Massenexodus und der mehreren Zehntausenden an der Cholera Sterbenden. Der Völkermord schien vergessen. Unter den Millionen Flüchtlingen befanden sich auch viele Milizen und das ruandische Militär, die versuchten, die Flüchtlingslager unter ihre Kontrolle zu bringen. International begann eine Diskussion, wieweit humanitäre Arbeit dazu beiträgt, Flüchtlingslager zu stabilisieren und besonders die Völkermörder und militärische Gruppen zu unterhalten.

Nach dem Völkermord

Bei der Regierungsbildung „der nationalen Einheit“ im Juli 1994 sagte die RPF zu, die Vereinbarungen des Friedensvertrags von Arusha umzusetzen. Pasteur Bizimungu wurde Präsident, Faustin Twagiramungu, Politiker der wichtigsten Oppositionspartei Mouvement Démocratique Républicain (MDR), Premierminister. Der Oberbefehlshaber der RPF, Paul Kagame, früher Chef des militärischen Geheimdienstes in Uganda, wurde Vizepräsident, und 2000, nach der Entlassung von Bizimungu, Präsident. Er ist der starke Mann.

Die ruandische Gesellschaft war ruiniert. Eine Million Tote, meist in Massengräbern verscharrt oder in Flüsse geworfen, viele Wohnhäuser zerstört. Es gab keine Familie, die nicht Tote zu beklagen hatte. Die alte Regierung hatte alles mitgehen lassen, was nicht niet- und nagelfest war. Ruanda machte mit umfangreicher Unterstützung der internationalen Geber, die auf Grund ihres Versagens ein schlechtes Gewissen haben, große Anstrengungen, das Land wieder aufzubauen und die Folgen des Genozids aufzuarbeiten. Oberstes Ziel der Regierung war, Sicherheit zu schaffen.

Die Flüchtlinge und besonders die Milizen in Zaire stellten die ruandische Regierung vor ein immenses Sicherheitsrisiko. Deshalb forderte sie den UN-Flüchtlingskommissar (UNHCR) immer wieder auf, die Lager an der Grenze zu entfernen und die Milizen sowie das alte Militär herauszufiltern, die versuchten, Ruanda zu infiltrieren. Im Landesinnern wurden rigorose Maßnahmen ergriffen. So zerstörte 1995 die ruandische Armee im Süden das Lager Kibeho mit internen Vertriebenen. Die Regierung gab an, es habe sich um Lager für Milizen gehandelt. Die offizielle Version nannte 338 Tote, die UN-Blauhelme, die den Massakern zusahen, 2.000 Tote. Die meisten Ermordeten waren Frauen und Kinder.

Im September/Oktober 1996 zerstörte die ruandische Armee die Flüchtlingslager in Zaire. Erneut setzte eine Massenbewegung ein. Die meisten Menschen kehrten nach Ruanda zurück. Viele flüchteten in die Wälder in Zaire. Wieder übermitteln Medien Bilder von ausgehungerten Menschen, z.B. im Lager Tingi-Tingi, die wochenlange Fußmärsche

hinter sich haben. Mehrere Hunderttausend Menschen sind bis heute verschwunden, davon wurden vermutlich 200.000 ermordet.

Der größte Krieg in Afrika

Die ruandische Tragödie wurde 1994 zum Ausgangspunkt des bisher größten Krieges in Afrika, in dessen Verlauf Millionen Menschen umgekommen sind. Auf Grund der Ereignisse in Ruanda, der riesigen Fluchtbewegungen, der Polarisierung der ruandophonen Bevölkerung in Zaire in Hutu und Tutsi und der Militarisierung der Region eskalierten die Konflikte zum offenen Krieg um Ressourcen. Der Osten von Zaire, angrenzend an Uganda, Ruanda und Burundi, ist eine der reichsten Gebiete Afrikas: ein ungeheures landwirtschaftliches Potenzial, riesige mineralische Rohstoffvorkommen von Kupfer, Uran, Gold, Diamanten und bis zu Coltan, das für Mobiltelefone und Computer wichtig geworden ist.

1996 trat Laurent-Desirée Kabila und seine Befreiungsbewegung auf den Plan. Er wird von ruandophonen Zairern und von Ruanda unterstützt. Im Mai 1997 gelingt der Sturz des Mobutu-Regimes. Kabila wird Präsident der DR Kongo. Die militärische und politische Dominanz der ruandophonen Bevölkerung ist jedoch bald unerwünscht. Es gibt politische Kampagnen und es kommt zu Pogromen gegen Tutsi. Im Kampf gegen Rebellengruppen, die sich daraufhin zum Sturz der Kabila-Regierung nach Kinshasa aufgemacht hatten, ruft Kabila mehrere afrikanische Länder um militärische Hilfe. Diese sichern sich die Erstattung der Kosten durch Zugang zu Rohstoffen.

Im Januar 2001 wird Kabila ermordet, sein Sohn Joseph Kabila folgt ihm als Präsident. Etwa die Hälfte des kongolesischen Territoriums wird von verschiedenen Rebellengruppen kontrolliert, deren Kampf um die Ressourcen weitergeht. Dabei werden auch die ehemaligen Verbündeten Ruanda und Uganda zu Gegnern.

Autoritäres Regime in Ruanda

In Ruanda entwickelt sich seit 1994 eine neue Gesellschaft. Hunderttausende ehemalige Exilanten, die in Uganda, Burundi, im Zaire, etliche auch in den USA oder in Europa lebten, kehrten nach der Machtübernahme der RPF in die Heimat zurück. Auch von den 1994 Geflohenen kehrten viele 1996 nach der gewaltsamen Auflösung der Flüchtlingslager im Zaire zurück. Zahlreiche Konflikte konnten inzwischen gelöst werden, z.B. widerrechtliche Hausbesetzungen. Das Bildungs- und Gesundheitswesen wurde rehabilitiert, ein Rechtssystem wieder aufgebaut. Aber der größte Teil der Bevölkerung auf dem Land verelendet zunehmend. Überraschende Ziele der Regierung sind die nationale Einheit und die Versöhnung. Es wird die „National Unity and Reconciliation Commission“ eingesetzt, die auf allen Ebenen beraten soll, wie die Gesellschaft eine Versöhnung erreichen kann, und besonders die Opfer Recht erhalten. 2002 hat Ruanda 8,2 Millionen Einwohner, davon sind 50 Prozent unter 18 Jahren.

In den vergangenen zehn Jahren ist es Ruanda gelungen, die Sicherheitslage im Land zu garantieren. Durch Vereinbarungen mit verschiedenen Ländern hat die Regierung erreicht, dass viele Flüchtlinge von 1994 zurückgekehrt sind. Selbst der militärische Chef der Rebellion im Kongo traf im Februar 2004 in seiner Heimat ein. Drei Volksabstimmungen markieren im Jahr 2003 das Ende der Übergangsperiode: Im Mai wurde die neue Verfassung verabschiedet, im August der Präsident gewählt und im September das Parlament. Dort stellen Frauen mit 48 Prozent weltweit den höchsten Anteil an Parlamentarierinnen. Der einzige Kandidat Paul Kagame wurde mit 95 Prozent der Stimmen gewählt. Sein aus Belgien kommender Gegenkandidat Twagiramungu musste auf Grund von Störaktionen die Wahlkampagne abbrechen. Der frühere Präsident Bizimungu ist seit zwei Jahren im Gefängnis, die von ihm gegründete Partei verboten.

Im April 2003 wurde die größte Partei MDR, die den Premierminister Makuza stellt, vom Parlament verboten. Diese Partei hat hohe symbolische Bedeutung, denn ihr Vorläufer, die MDR-Parmehutu, führte 1959 den Machtwechsel herbei. Man wirft ihr wie anderen Kritikern des Regimes vor, mit ethnischen Kategorien die Bevölkerung zu spalten. Oppositionsparteien im Ausland kritisieren, dass es in Ruanda ein autoritäres Regime gäbe, die Hutu-Bevölkerung nun benachteiligt sei und die Verbrechen der RPF nicht untersucht würden. Etliche Personen, die hohe Positionen bekleidet haben, sind in den letzten zehn Jahren ins Exil gegangen, einige wurden ermordet oder sind verschwunden. Nach außen herrscht Ruhe im Land, aber es herrscht weiterhin ein Klima der Angst, wenn auch alle es schätzen, dass es Sicherheit im Lande gibt. Es gibt keine Sieger, und bei allen herrscht das Gefühl der Niederlage.

Recht oder Gerechtigkeit?

Drei Instanzen versuchen, den Genozid rechtlich aufzuarbeiten, die Täter zu richten und die Kultur der Straflosigkeit zu überwinden: Die europäische Rechtsprechung, das Verfahren Agacaca (siehe Kasten) und das Internationale Tribunal für Ruanda in Arusha. Die ruandische Justiz führt vor ordentlichen Gerichten Prozesse gegen Personen, die wegen Beteiligung am Genozid angeklagt sind. Bisher wurden rund 10.000 Verfahren durchgeführt, dabei etwa Tausend Personen zum Tode verurteilt und etwa 25 Prozent freigesprochen.

Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen wurde 1994 in Arusha eingerichtet. Sein Mandat läuft 2008 aus. 82 Personen sind der Planung und Organisation des Völkermords angeklagt oder werden gesucht. Bisher wurden 21 Prozesse abgeschlossen und zehn Personen zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Zurzeit befinden sich Minister der „Interimsregierung“, die Spitze der Partei MRND, Militär, Präfekte, Bürgermeister, drei katholische Priester und ein Musiker in Untersuchungshaft. Ein anglikanischer Bischof ist Januar 2003 in der Haft verstorben. Die Verantwortlichen des Hass-Senders, der Historiker Ferdinand Nahimana und der Journalist Hassan Ngeze, wurden 2004 zu lebenslänglich bzw. 35 Jahren Haft verurteilt.

Seit dem Bestehen des Tribunals gibt es zahlreiche Konflikte zwischen der ruandischen Regierung und dem Tribunal. Die schärfste Auseinandersetzung fand 2002 statt, als Carla del Ponte, die schweizerische Chefanklägerin begann, die 1994 verübten Verbrechen der heutigen ruandischen Armee zu untersuchen. Daraufhin erneuerten die UN ihr Mandat für das Tribunal nicht. Präsident Kagame weist immer wieder darauf hin, dies seien Einzelfälle gewesen und die Täter seien durch Militärgerichte verurteilt.

Die französische Nationalversammlung und der belgische Senat haben ihre Verantwortung für den Völkermord untersucht, Belgien hat sich für sein Versagen entschuldigt. Die französische Regierung, zu der die Beziehungen der ruandischen Regierung noch immer sehr gespannt sind, hat dies bisher nicht getan. Die Organisation für afrikanische Einheit hat eine umfassende Untersuchung vorgelegt. Die Vereinten Nationen haben 1999 ihr Handeln und die Entscheidungsprozesse untersucht und ihr Versagen eingestanden. Generalsekretär Kofi Annan, 1994 verantwortlich für den Einsatz der Blauhelme, hat sein „mea culpa“ gesprochen. Auf Druck von Madeleine Albright hat sich Bill Clinton entschuldigt. Der größte Geber ist heute Großbritannien, das sich mehrmals in den Prozess der Bewältigung der Vergangenheit eingeschaltet hat. Deutschland war 1994 einer der ersten Geber, der zur Rehabilitierung des Landes beitrug.

Das Desaster in Ruanda hat die Diskussion darüber ausgelöst, Friedensförderung und Konfliktprävention in den Aufgabenbereich der Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Aber nur wenige Institutionen haben analysiert, welche Wirkungen ihre Projekte für den Völkermord hatten. Eine Ausnahme stellt die Schweiz dar. Schlimmer noch, an

kompetenten Stellen wird angenommen, dass trotz neuer Instrumente ein Völkermord auch heute nicht verhindert würde.

Von Versöhnung ist Ruanda noch weit entfernt. Zunächst muss die Schuld eingestanden werden. Überlebende haben das Gefühl, dass das Unrecht bis heute nicht anerkannt ist. Es gibt zwar etliche Schuldbekennnisse, aber sie sind oft dadurch motiviert, dass die Haftzeit verkürzt wird. Manche Revisionisten leugnen das Geschehen. Es sind neue Konflikte entstanden. So findet eine Etikettierung statt: die Tutsi sind die Opfer, die Hutu die Täter. Das an den Hutu verübte Unrecht wird nicht anerkannt. Kinder und Jugendliche leiden unter den Taten ihrer Eltern, unter dem, was sie mit ansehen mussten, unter Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Personen, die in Agacaca-Verfahren gegen vermutliche Täter ausgesagt hatten, wurden ermordet. Die Erfahrung des Genozids bedingt schwerste Traumata, die sich über Generationen fortsetzen. Zur Heilung kann es erst kommen, wenn alle Wahrheiten anerkannt werden. Auch die Geschichte und die Entstehung der „ethnischen“ Zugehörigkeiten und das Imaginäre, das darüber entstanden ist, müssen aufgearbeitet werden.

Die meisten Menschen wollen Frieden, nichts mehr als das ist ihnen zu wünschen. Aber es wird wohl weder Recht noch Gerechtigkeit geben. Die internationale Gemeinschaft hat die Pflicht, Ruanda in den nächsten Jahrzehnten konstruktiv zu begleiten, denn ein Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit betreffen die gesamte Menschheit und nicht nur Ruanda.

Hildegard Schürings arbeitet freiberuflich in der Entwicklungszusammenarbeit und ist Geschäftsführerin von Imbuto e.V.

Literatur:

Berichte von Human Rights Watch, International Crisis Group, IDP-Norwegen, Amnesty International und weitere Web-Adressen:

www.Imbuto.net

Zum Internationalen Tribunal: www.hirondelle.org

Alison Des Forges: Kein Zeuge darf überleben – Genozid in Ruanda. Hamburg 2002ère de la Jeunesse, des Sports et de la Culture, GTZ:

Etre jeune au Ruanda – Enquête sur la situation des jeunes au Ruanda. Kigali 2003

Schürings, H.: Rwandische Zivilisation und christlich-koloniale Herrschaft. Frankfurt 1992

Schürings, H.: Verdeckte Fronten – Zu den Hintergründen des Konflikts in Ostzaire. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn, Januar 1997, pp. 74-82

Schürings, H.: Versagen im Angesicht des Völkermords. Die unabhängige Untersuchung zur Verantwortlichkeit der internationalen Gemeinschaft in Ruanda 1994. In: Vereinte Nationen, Nr. 2, April 2000

[Zeitschrift Entwicklungspolitik 7/2004 – www.entwicklungspolitik.org](http://www.entwicklungspolitik.org)